

Niederschrift

über die 31. Sitzung der Pflegekonferenz am 19.05.2010 im Rathaus.

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.11.2009**
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Kommunale Pflegeplanung**
 - **Aktueller Überblick über die Pflegeplatzsituation**
 - **Bericht über die Befragung der Tagespflegeeinrichtungen**
 - **Ambulant betreute Wohngruppen (Internet)**
 - **Zielgruppenspezifische Konzeptionen in vollstationären Einrichtungen**
- 5. Bericht zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf und den Pflege-/ Krankenkassen**
- 6. Kurzinfo zum Angebot „Compass“ – Pflegeberatung für Privatversicherte**
- 7. „Pflege-Notruf-Zentrale“**
- 8. Berichte aus den Arbeitsgruppen**
 - **AG Pflege in der Gerontopsychiatrie**
 - **AG Patientenüberleitung**
- 9. Verschiedenes**

1. **Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung**

Herr Buschhausen begrüßt die Anwesenden.

Er erinnert an Frau Welters-Ehm, die im Januar verstorben sei und bittet darum, ihrer zu gedenken.

Er berichtet, dass als Vertreterin für die Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz heute Frau Behrendt an Stelle von Frau Hoop an der Sitzung teilnehmen wird.

Als neue Mitglieder begrüßt er für die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) Herrn Jakobs als Nachfolger von Herrn Weber, Herrn v.d. Forst als Nachfolger von Frau Leuchtenberg für den Care 24 Pflegeservice und Frau Dr. Heiner-Rusinek als Vertreterin der Ärztekammer.

Folgende Gäste nehmen als Referentinnen und Referenten an der heutigen Sitzung teil:

Frau Krautmacher (Compass Pflegeberatung, Teamleitung des Regionalbüros in Köln), Herr Hunstiger (Compass Pflegeberatung, Mitarbeiter), Frau Hommel (Pflegedienst Albatros, Mitbegründerin der Pflege-Notruf-Zentrale), Herr Scholten (zweiter Gesellschafter der Pflege-Notruf-Zentrale), Herr Flügge (Evangelisches Krankenhaus - EVK), Frau Abramowski (EVK), Frau Boeck (Caritas, Bereichsleitung stationäre Altenhilfe), Herr Schoner (Caritas, Leiter Fachberatung Sucht).

Herr Buschhausen weist darauf hin, dass ein elektronisches Aufnahmegerät als Unterstützung für die Erstellung des Protokolls genutzt wird. Er macht darauf aufmerksam, dass die Aufnahme zeitnah nach Erstellung des Protokolls gelöscht werde. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

2. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.11.2009**

Das Protokoll der Sitzung vom 04.11.2009 wird einstimmig anerkannt.

3. **Mitteilungen der Verwaltung**

Fachkonferenz zu sozialen Zukunftsfragen

Frau Giersch berichtet über die Fachkonferenz zu sozialen Zukunftsfragen in der Landeshauptstadt Düsseldorf am 19.04.2010. Nach Impulsreferaten zu sozialpolitischen Herausforderungen und Zukunftsfragen am Vormittag, habe die Abteilung „Senioren, Behinderte und Pflegebedürftige“ des Amtes für soziale Sicherung und Integration den Workshop III mit dem Thema „Perspektiven der pflegerischen Versorgung“ gestaltet.

Die Workshopteilnehmerinnen- und teilnehmer seien zunächst über das breit gefächerte und qualitativ hochwertige Netz unterschiedlicher Angebote, sowohl im Rahmen der offenen Seniorenarbeit, als auch in den unterschiedlichen Formen der Pflege, Betreuung und Beratung informiert worden.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung hätten die Workshopteilnehmerinnen- und teilnehmer anschließend Handlungsfelder herausgearbeitet, welche aus ihrer Sicht einer besonderen Betrachtung bedürfen und aufgegriffen werden sollten. Frau Giersch erläutert einige exemplarische Handlungsfelder und zeigt sich erfreut darüber, dass der Punkt „Spezielle Konzepte für

spezielle Pflegeformen“ bereits in der heutigen Pflegekonferenz angesprochen wird. Sie sichert zu, dass die Pflegekonferenz über die weitere Bearbeitung dieser Themen fortlaufend informiert werde. Mit einer Dokumentation der Fachtagung könne Mitte des Jahres gerechnet werden.

Ausbildung in der Altenpflege

Zum 31.12.2009 seien 210 Frauen und Männer in Düsseldorfer Einrichtungen der stationären Altenpflege sowie in Kurzzeitpflegeeinrichtungen ausgebildet worden. Zum gleichen Stichtag in 2008 seien es 209 gewesen. Bisher sei dementsprechend kein positiver Trend erkennbar und die Situation in Düsseldorf entspräche annähernd der Situation in Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes Nordrhein-Westfalen habe Ende März den „Aktionsplan Altenpflege 2010“, eine Vereinbarung zwischen der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und dem MAGS, vorgestellt. Dieser sehe vor, dass im laufenden Jahr 850 bis 1.000 zusätzliche Ausbildungen zur Altenpflegefachkraft durch die ARGEn, Agenturen für Arbeit und zugelassene kommunale Träger finanziert werden sollen.

Die Verwaltung habe zudem mit Vertretern der Liga Wohlfahrt Düsseldorf im Rahmen der Sitzung des UA Altenhilfe der Liga am 24.03.2010 mündlich vereinbart, im IV. Quartal 2010 einen Informations- und Beratungstag zur Ausbildung in der Altenpflege durchzuführen. Die Beteiligung der Fachseminare für Altenpflege solle dabei sichergestellt werden. Auch die Arbeitsagentur solle mitwirken. Näheres hierzu müsse jedoch noch abgesprochen werden.

4. **Kommunale Pflegeplanung**

Frau Radermacher berichtet zum Thema.

Zunächst geht sie auf den **aktuellen Überblick über die Pflegeplatzsituation** ein.

Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Es werden keine Fragen zum Thema gestellt.

Befragung der Tagespflegeeinrichtungen

Frau Radermacher berichtet über die Ergebnisse der Befragung zur Inanspruchnahme der Tagespflege. Der Bericht wird dem Protokoll beigefügt.

Sie weist auf Nachfrage darauf hin, dass weitere Angaben zur Inanspruchnahme der Nachtpflege nicht vorliegen. Die Anfragen und die Nutzung der Öffnungszeiten von Tagespflegeeinrichtungen am Wochenende seien unterschiedlich und konzeptabhängig. So gebe es bisher nur vereinzelt Anfragen von Angehörigen. Einrichtungen mit einem Wochenendangebot würden überwiegend von Menschen genutzt, die durch Pflegedienste betreut würden.

Ratsherr Matheisen möchte wissen, was sich hinter dem Begriff „beschützte Tagespflege“ verberge. Frau Radermacher erläutert das Prinzip der elektronisch überwachten Türen, die ein akustisches Signal senden, das Auskunft darüber gibt wenn ein Bewohner den Bereich verlässt. So sei es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglich, die Bewohnerinnen und Bewohner zu orten und zurückzubegleiten.

Zur Frage, wie die mitunter weiten Wege bis zu einer Einrichtung zurückgelegt würden, erläutert die Referentin, dass Fahrdienste der Einrichtungen selbst oder zentrale Taxidienste entsprechende Angebote vorhielten.

Auf Anregung von Ratsfrau Frey sagt Herr Buschhausen zu, den Bericht in einer der nächsten Sitzungen des AGS vorstellen zu lassen.

Auf Nachfrage von Frau Sader berichtet Frau Radermacher, dass Investoren neuer Pflegeeinrichtungen bei der Bauberatung darüber in Kenntnis gesetzt würden, welche Wohn- oder Betreuungsform eine sinnvolle Ergänzung der pflegerischen Versorgung für den jeweiligen Stadtbezirk darstellen könnten. So sei es auch im Falle des geplanten Neubaus an der Rotdornstraße in Rath im Stadtbezirk 6 gewesen. Der Betreiber habe sich jedoch leider nicht mit dem Investor auf ein Tagespflegangebot einigen können.

Frau Giersch ergänzt, dass eine verstärkte Nachfrage dazu führen könne, dass Investoren eher bereit seien, neue Tagespflegeangebote zu etablieren. Sie weist darauf hin, dass das Pflegeweiterentwicklungsgesetz verbesserte Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Tagespflege geschaffen habe und appelliert vor allem an die Pflegekassen, in ihren Beratungen verstärkt darauf hinzuweisen. So könne darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein Bedarf bestehe. Sie geht davon aus, dass die Bereitschaft der Einrichtung von Tagespflegebereichen bei Investoren entsprechend steigen werde.

Herr Schlaghecken möchte wissen, ob Vergleichsdaten aus anderen Städten in Bezug auf die Platzzahlen bestehen. Auch die Aufenthaltsdauer der Gruppe der Hochbetagten interessiere ihn. Darüber hinaus möchte er wissen, welche Schnittstellen zu vergleichbaren Angeboten der „zentren *plus*“, BEAtE-Gruppen oder Wohngemeinschaften bestehen und welche sozialräumliche Struktur der Angebote sinnvoll sei.

Herr Buschhausen sichert zu, einen interkommunalen Erfahrungsaustausch zum Thema anzustoßen. Er appelliert an die Ratsmitglieder, das Thema ebenfalls im Auge zu behalten.

Frau Dr. Höft macht auf den am 08.07. stattfindenden Workshop aufmerksam, der sich u.a. mit diesem Thema, speziell für demenzkranke Menschen, beschäftigen werde. (Nähere Informationen werden unter TOP 8 gegeben.)

- Ambulant betreute Wohngruppen“ (Internet)

Frau Radermacher weist darauf hin, dass Anforderungen und Vereinbarungen zu „Ambulant betreuten Wohngruppen“ ab sofort im Internet unter „www.duesseldorf.de, Stichwort „Betreute Wohngemeinschaften“ abrufbar seien.

Zielgruppenspezifische Konzeptionen in vollstationären Einrichtungen

Neue Teilbereiche im Kronenhaus am Südring

Beschützte Wohngruppe als Teilbereich des pflegerisch-therapeutischen Zentrums für Menschen mit Demenz

Herr Flügge, Bereichsleiter Pflegeheime der Stiftung Evangelisches Krankenhaus (EVK) und Frau Abramowski, Pflegedienstleitung, stellen neue Teilbereiche des Kronenhauses am Südring vor. Frau Abramowski berichtet, dass hier 10 Betreuungsplätze für Menschen mit Demenz (im segregativen Ansatz) als parallele Wohnform innerhalb der Einrichtungen angeboten werden sollen. Das Ziel sei, den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz mehr Rechnung tragen zu können. Je nach Situation des Menschen mit Demenz solle auch eine geschützte Prozess- und Infrastruktur vorgehalten werden können. Der „geschützte Bereich“ solle nicht als solcher erkennbar sein und einen familienähnlichen Charakter besitzen. Das Angebot werde derzeit kontrovers diskutiert und bestünde im Hause bisher nur im integrativen Ansatz.

Kurzzeitpflege für Menschen mit Demenz

Für diesen Bereich sollen Anregungen der AG "Kurzzeitpflege" aufgegriffen werden und 6 Kurzzeitpflegeplätze speziell für Menschen mit Demenz in Einzelzimmern angeboten werden. Räumlich würden diese an die oben beschriebene Wohngruppen angrenzen, jedoch in sich autark sein.

Darüber hinaus werde überlegt, ein niederschwelliges Betreuungsangebot für Demenzkranke zu installieren.

Kurzzeitpflege plus

Hier möchten die Anbieter bedarfsorientiert den Bereich Kurzzeitpflege mit einem therapeutischen Ansatz stärken, da die Erfahrung in der "normalen" Kurzzeitpflege zeige, dass in der Regel die reguläre Zeit und das gewohnte Angebot der Kurzzeitpflege nicht ausreiche, um die Selbsthilfekompetenz der Gäste innerhalb des Aufenthaltes in der Kurzzeitpflege wiederzuerlangen. Mit Hilfe von Physiotherapie und einem Casemanagement könne dabei geholfen werden, in die eigene Häuslichkeit zurückzugelangen und eine Aufnahme ins Pflegeheim zu vermeiden.

Auf Nachfrage von Frau Sader berichten die Referenten, dass das therapeutische Überleitungszentrum als medizinische Nachsorge für Krankenhaus-Patienten zu verstehen sei.

Frau Linz regt an, das Thema speziell auch unter Finanzierungsaspekten in der Arbeitsgruppe „Kurzzeitpflege“ aufzugreifen. Die Verwaltung informiert, dass dies bereits vorgesehen ist und Vertreter der Kostenträger zum nächsten Treffen der AG eingeladen werden sollen.

Besondere Betreuung von alkoholkranken älteren Menschen im St. Josefshaus

Frau Boeck (Bereichsleitung Pflege) und Herr Schoner (Leiter der Suchthilfe) – beide Vertreter des Caritasverbandes - referieren über den Bereich für ältere

Alkoholranke im St. Josefhaus. Die Folienpräsentation ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt

Ratsfrau Frey lobt die Konzeption und weist darauf hin, dass das Thema „Alkoholmissbrauch im Alter“ nach wie vor ein Tabuthema sei. Auf Nachfrage berichten die Referenten, dass die Auslastung des Bereichs sehr gut sei und weitere Plätze notwendig seien. Die Angehörigen würden zunehmend offener mit dem Thema umgehen.

Herr Buschhausen weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe „Sucht und Drogen“ der Gesundheitskonferenz sich des Themas angenommen habe und bittet über das bestehende stationäre Angebot hinaus Möglichkeiten im vorstationären Bereich zu nutzen oder zu installieren, um einen Heimaufenthalt zu verzögern oder zu vermeiden. Herr Schoner berichtet, dass sich die Arbeitskreise des Gesundheitsamtes mit diesen Themen beschäftigten.

Auf Nachfrage von Frau Sader erläutert er außerdem, dass auch Angebote im nicht-stationären Bereich vorgehalten würden, diese heute jedoch nicht Schwerpunktthema gewesen seien. Herr Buschhausen ergänzt, dass auch der Bezirkssozialdienst (BSD) und die „zentren plus“ zum Thema informiert seien und entsprechend beraten oder in die Häuslichkeit gehen können.

Herr Schlaghecken sieht abschließend eine Verbesserung des Umgangs mit dem Thema in der Vernetzung der stationären Altenhilfe und ausgesuchter Fachkompetenz der Mitarbeiter begründet. Wichtig sei, dass die Bewohner trinken „dürfen“ und keinen Zwängen ausgesetzt seien. Dies würde die Lebensqualität erhöhen.

5. **Bericht zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf und den Pflege-/ Krankenkassen**

Frau Giersch berichtet zum Thema:

Es habe sich herausgestellt, dass die Einrichtung von Pflegestützpunkten nicht den erforderlichen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger bewirken würde.

In einer vierten Gesprächsrunde am 17.03.2010 seien die AOK Rheinland/Hamburg, die BKK Essanelle, die Barmer GEK, die DAK und die TKK übereingekommen, eine Kooperationsvereinbarung zu schließen, um die Beratung der Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern. Die Vereinbarung sehe eine verbindliche Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Fallkonferenzen und die Durchführung gemeinsam geplanter quartiersnaher Veranstaltungen zur Information und Beratung in Räumen der Pflege- und Krankenkassen, in städtischen und sonstigen Räumen vor. Ziel der Vereinbarung sei es, eine schnellere und abgestimmte Beratung als Ergänzung zum bereits bestehenden, sehr guten Beratungsangebot anbieten zu können. Zunächst sei eine einjährige Erprobungsphase geplant. In der Pflegekonferenz soll regelmäßig zum Thema berichtet werden. Auch der Seniorenbeirat soll regelmäßig informiert werden.

6. **Kurzinfo zum Angebot „Compass“ – Pflegeberatung für Privatversicherte**
Frau Krautmacher stellt das Beratungsangebot in ihrer Funktion als Teamleitung des Regionalbüros Köln mittels einer Power Point Präsentation vor. Die Power Point Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

Im Anschluss an den Vortrag berichtet Frau Krautmacher auf Nachfrage, dass es für die gesetzlichen Krankenkassen ebenfalls ein Angebot zur Pflegeberatung

gebe. Dies folge jedoch einem anderen Modell. Das Angebot der privaten Krankenkassen sei bundesweit geregelt. Sie weist darauf hin, dass die privaten Krankenkassen ebenfalls einen Pflegeversicherungszweig haben.

Herr Buschhausen zeigt sich beeindruckt von der Tatsache, dass eine solche Einigung auf bundesweiter Ebene hergestellt werden konnte.

7. **„Pflege-Notruf-Zentrale“ (PNZ)**

Frau Hommel (Pflegedienst Albatros) ist Mitbegründerin des Projektes „Pflege-Notruf-Zentrale“. Hierbei handelt es sich um einen Zusammenschluss von ambulanten Pflegediensten, der in Notfallsituationen eine Vermittlung an die passende „Pflegebereitschaft“ (Pflegedienst in lokaler Nähe des Anrufenden) vermittelt. Frau Hommel stellt das Angebot der „Pflege-Notruf-Zentrale“ mit Hilfe einer Power Point Präsentation vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt.

Sie berichtet, dass die Johanniter Unfallhilfe die Infrastruktur zur Verfügung gestellt hätte und prüfte, ob ein Notfall vorliege. Im Falle der Weitervermittlung an einen Pflegedienst würde auf einen Dienst im Postleitzahlenbereich des Anrufers zurückgegriffen. Sie weist darauf hin, dass der erste Notfalleinsatz des Dienstes kostenlos sei und die Betroffenen sich danach entscheiden könnten, ob der Pflegedienst weiter beschäftigt werden solle.

Sofern ein Anrufer bereits einen Dienst beauftragt habe, werde dies im Laufe des Erstgesprächs anhand einer Checkliste erfragt. Ist dies der Fall, werde die Pflege-Notruf-Zentrale nicht tätig. Ziel sei es lediglich, vorhandene Versorgungslücken zu schließen. beispielsweise, wenn am Wochenende nach einer Krankenhausentlassung ein Verband gewechselt werden müsse und noch kein Pflegedienst seine Arbeit beim Anrufenden aufgenommen habe.

Der Vorteil der PNZ bestehe darin, dass eine schnelle, ortsnahe Versorgung innerhalb von 30 Minuten nach dem Anruf sichergestellt werden könne. Die PNZ protokolliere die Menge und Gründe der monatlich eingegangenen Notrufe.

Auf Nachfrage erläutert Frau Hommel, dass auch über den ersten Einsatz hinaus Hilfestellung geleistet würde. Ein zweiter Einsatz sei dann jedoch nicht mehr kostenlos. Die Kosten für einen zweiten Einsatz beliefen sich auf 45 Euro. Sofern der Pflegedienst, der den zweiten Einsatz vornimmt, auch weiter beschäftigt werde, liege es in dessen eigener Entscheidung, ob er den Einsatz in Rechnung stelle.

Sie macht deutlich, dass die PNZ nicht tätig wird, wenn eine ärztliche Versorgung notwendig sei.

Die Finanzierung der PNZ erfolge durch eine Verwaltungsgebühr der Dienste an die Lizenzpartner.

Ab dem 01.07. würden in Köln und Oberhausen und am 01.08. in Heinsberg und Aachen ebenfalls Pflege-Notruf-Zentralen eröffnet.

Herr Buschhausen hält abschließend fest, dass die Einrichtung der Pflege-Notruf-Zentrale eine „Win-Win-Situation“ für alle darstelle. Er begrüßt das neue Angebot und macht darauf aufmerksam, dass die Hilfe für Menschen im Vordergrund stehe. Er wünscht Frau Hommel weiterhin gutes Gelingen.

8. **Berichte aus den Arbeitsgruppen**

AG Pflege in der Gerontopsychiatrie

Frau Dr. Höft berichtet, dass die Weiterentwicklung der Versorgung von Menschen mit Demenz ein zentrales Thema der Arbeitsgruppe auch in 2010 sei. Es bestünden in Düsseldorf bereits sehr differenzierte Konzepte und im Quartier etablierte Angebote der ambulanten Versorgung von Menschen mit Demenz. In diesem Zusammenhang weist sie insbesondere auf das Demenznetz und eine enge Vernetzung mit den "zentren *plus*" und anderen Akteuren hin. Dennoch gebe es aufgrund besonderer Bedürfnisse einzelner Personengruppen weiteren Optimierungsbedarf. Aus diesem Grund möchten die Arbeitsgruppen „Pflege in der Gerontopsychiatrie“ der Pflegekonferenz und „Gerontopsychiatrie“ der Gesundheitskonferenz gemeinsam die Versorgungssituation von Menschen mit Demenzerkrankung aus pflegerischer und medizinischer Sicht betrachten. Für den 08.07.2010 sei ein gemeinsamer Workshop mit einer breiten Beteiligung geplant, in dem ein Positionspapier mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der bestehenden Angebote erarbeitet werden solle. Schwerpunktthemen seien u.a. die Versorgung von Demenzerkrankten mit besonderem Betreuungsaufwand, Wohngruppen für Demenzerkrankte und speziell ausgerichtete Kurzzeitpflegeangebote.

Des Weiteren sei eine gemeinsame Fachtagung zum Thema „Prävention psychischer Dekompensationszustände bei somatischen Erkrankungen“ geplant. Ausgangspunkt sei der Workshop 3 der Fachtagung im Jahr 2008 zum Thema „Psychische Störungen bei somatischen Erkrankungen älterer Menschen - Was bietet die Versorgung?“ Die Veranstaltung finde am 15.12.2010 in der Zeit von 13.30 bis 17.30 Uhr im Weiterbildungszentrum am Bertha-von-Suttner-Platz statt.

Vorgesehen seien zwei Fachvorträge zu den Themen „Prävalenz und Begleitfaktoren von Delirien bei hoch betagten Krankenhauspatienten“ und „Pflege-Konzepte zur Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz im Krankenhaus“. Als Referentinnen hierfür wurden Frau Dr. Christine Thomas (Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie, Geriatrie vom Zentrum für psychosoziale Medizin in Heidelberg) und Frau Christine Sowinski (Diplom-Psychologin und Krankenschwester der Koordinierungsstelle der Landesinitiative Demenz-Service NRW) angefragt.

In zwei Workshops sollen die Themen aufgegriffen und anschließend im Plenum diskutiert werden. Moderiert wird die Veranstaltung von Frau Dr. Höft und Herrn Dr. PD Durwen.

Die Arbeitsgruppe möchte sich in diesem Jahr zudem (in Ergänzung zu den Ergebnissen des Treffens mit den Tagespflegeeinrichtungen) mit der Frage beschäftigen, ob und inwieweit die Einrichtung beschützter Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen für Menschen mit Wanderungstendenzen etabliert werden

können.

Auch die „Vereinheitlichung der Beratungsdokumentation Demenz“ soll ein wichtiges Thema sein, das behandelt wird. Hierzu sollen Gespräche mit dem Demenznetz, den BEAtE-Gruppen und den „zentren *plus*“ stattfinden.

AG Patientenüberleitung

Frau Strathen-Neuhäuser berichtet vom letzten Treffen der Arbeitsgruppe, das am 10.03.2010 stattgefunden habe.

Die Instrumente der Patientenüberleitung würden inzwischen gut angenommen. Um eine noch bessere Nutzung zu gewährleisten und den Bekanntheitsgrad zu steigern sei geplant, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in den Einrichtungen selbst vorzunehmen.

Die Arbeitsgruppe plane daher die Erstellung eines Flyers und eines Plakates, das ab bzw. zu einem bestimmten Tag in allen Einrichtungen, Praxen und Pflegediensten aushängen und zum Thema informieren soll. Diese Aufgabe falle primär den Geschäftsstellen der Gesundheitskonferenz und der Pflegekonferenz zu.

Darüber hinaus informieren die Geschäftsstellen auf Wunsch der AG auch die Krankentransportdienste zum Thema. Zwar fungierten diese nicht primär als Versorger, seien jedoch ebenfalls an der Überleitung beteiligt. Der Rettungsdienst werde zum Thema Patientenüberleitung über die Gesundheitskonferenz angefragt.

Herr Dr. Schumacher und Herr Dr. Bernhard hätten zugesichert, sich dafür einzusetzen, das Thema im KVNO-Magazin und im Rheinischen Ärzteblatt aufzugreifen.

Für den 26. Mai hätten die Geschäftsstellen der Pflegekonferenz und der Gesundheitskonferenz eine Einladung der Landesstelle für Pflegenden Angehörige nach Köln erhalten um dort zu den hiesigen Erfahrungen mit dem Konzept der Patientenüberleitung zu berichten.

8.

Verschiedenes / Termine

Die nächste Sitzung der Pflegekonferenz findet am 10.11.2010 statt.

Ende der Sitzung: 12.20 Uhr

Buschhausen

Strathen-Neuhäuser

Leiter des Amtes für soziale
Sicherheit und Integration

Schriftführerin